

die Zukunft haben, die sich orientieren an den Bedürfnissen einzelner Regionen und Wirtschaftsbereiche, die sich dort entwickeln. Und vor allem: Wir klagen alle, wir haben keine Fachkräfte. Das ist auch so. Warum nützen wir nicht solche Maßnahmen, um Fachkräfte auszubilden? Das bedeutet natürlich dann längere Maßnahmen und das ist wieder begrenzt durch den Maßnahmenkatalog der Bundesagentur.

Auswirkungen der 34,5 Mio.-€-Sperrung für den Freistaat Thüringen sind: keine Maßnahmen im öffentlichen Beschäftigungssektor, keine Trainingsmaßnahmen, keine Weiterbildungsmaßnahmen. Wir fordern von der Landesregierung, dass sie sich sofort aktiv einschaltet in diesen Streit und sich im Bundesrat oder mit anderen Mitteln im Bund dafür einsetzt, dass diese Haushaltssperre aufgehoben wird und dass die auf Halde liegenden Anträge zur Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Thüringen umgehend geprüft und bewilligt werden, damit keine gravierenden Lücken von Eingliederungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Arbeitslosen entstehen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Günther zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich habe ich bis vorhin noch gehofft, dass die Aktuelle Stunde zurückgezogen wird, nachdem heute und in den letzten Tagen von einer Einigung zu dem Thema zu lesen war, zumindest haben die Ausschüsse und die Fachgremien signalisiert, die qualifizierte Haushaltssperre aufzulösen. Nun reden wir aber heute darüber und verkehrt ist es nicht, wenn wir zumindest bei den Fakten bleiben und das nicht ins Polemische abgleiten lassen. Da sei mir gestattet, Herr Kubitzki, zu sagen, dass keine laufenden Projekte im Moment gefährdet sind. Herr Senius hat ganz klar und deutlich gesagt, dass die Mittel bis Ende April auskömmlich sind auch mit der qualifizierten Sperre sogar bis Anfang Mai. Natürlich, wenn es dabei bliebe, kämen wir zu drastischen Schwierigkeiten, das ist richtig, das hat auch Herr Machnig in der Presse so gesagt. Das sind die 32 Mio. €, zu denen es dann käme. Aber das ist Schwarzmalerei und trägt nicht zur Ruhe im Lande bei. Obwohl der tatsächliche Bedarf im Jahr 2009 in beiden Bereichen in der Eingliederungsleistung und den Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung 900 Mio. € unter dem Regierungsentwurf lag, hat man die Ansätze un-

verändert gelassen, um notwendige Reformschritte eben nicht unnötig zu belasten.

Meine Damen und Herren, eine qualifizierte Haushaltssperre ist eine ganz normale parlamentarische Einflussnahme, die möglich sein muss. Wo kämen wir denn hin, wenn wir als Parlamentarier jeden vorgelegten Etat von der Regierung widerspruchslos hinnehmen wollten?

(Beifall CDU)

Da stehen beim Bund die Koalitionspartner eng beieinander. Dazu stehen sie auch. Da steht auch der große zu dem kleinen Partner, aber immer mit dem Blick - und das hat Frau von der Leyen ganz klar und deutlich gemacht -, dass es durchgängig zu der Sperre nicht kommen wird und dass keine ARGE in Schwierigkeiten kommen wird, denn man wird sich der Aufgabe stellen, die da heißt, effizienter Mitteleinsatz muss gerade in Zeiten knapper Kassen eine klare Forderung sein. Deswegen sehe ich das völlig unaufgeregt. Am 21.04. - so ist es angekündigt - wird der Haushaltsausschuss genau dies tun und wird diese Position entsperren, deswegen ist die Unruhe, sage ich mal, ein Stück weit fehl am Platze. Aber man muss das eben auch als Chance sehen, was eine qualifizierte Sperre mit sich bringen kann, was es sollte und was es auch getan hat. Man soll es als Chance sehen, zielführende Projekte bundesweit zu etablieren, wie z.B. Bürgerarbeit oder aber Vermittlungsgutscheine oder aber auch den Gedanken Familienbedarfsgemeinschaften, in denen beide Elternteile erwerbslos sind, flächendeckend zu bearbeiten und vordergründig hinzustellen. Da wiederum ist die Aktuelle Stunde ganz gut, dass man sagt, hier ist Thüringen Vorreiter. Da bin ich ganz nahe bei der Erarbeitung der Richtlinie im Wirtschaftsministerium zum Landesarbeitsmarktprogramm - guter Ansatz, richtiger Ansatz. Jetzt, denke ich, sollten die Gemüter wieder runtergefahren werden und wir die Leute die Arbeit tun lassen und gute Vermittlung machen lassen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Gemüter sind ja ziemlich runtergefahren. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Koppe, ich muss mich schon sehr wundern, wenn Sie hier vom Respekt für erbrachte Leistungen reden, reden Sie nicht vom Respekt vor denjenigen, die

Bedürftigkeit anzeigen, die nämlich verunsichert werden durch genau das, was Schwarz-Gelb gerade in Berlin macht. Ich bedauere sehr, dass Sie nicht einmal das Rückgrat haben, hier dazu zu stehen, dass das Unmut erzeugt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Günther, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, jetzt kommen sie mal alle wieder runter und seien sie ein bisschen unaufgeregt, auch das zeigt mir, dass Sie nicht in der Lage sind, sich in die Kommunen, in die ARGEn und auch in die Personen, die darauf angewiesen sind, dass sie pünktlich ihr Geld überwiesen bekommen, hineinzusetzen. Ich bedauere diese Kurzsichtigkeit außerordentlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich mal ein bisschen Licht ins Dunkel bringen, damit wir wissen, worüber wir überhaupt reden. Wir reden über mehrere Millionen,

(Unruhe CDU, FDP)

wir reden über 117.000 €, die die ARGE in Hildburghausen eventuell nicht mehr gehabt hätte, keiner weiß es genau, wann diese Sperre aufgehoben wird, über 233.000 € in der ARGE im Ilm-Kreis und ich nehme mal Erfurt, da sind es 2,2 Mio. €. Das ist ja nicht von Pappe, da kann man auch mal aufgeregt sein, Herr Günther, und auch sagen, das ist alarmierend und nichts, was wir unter ferner liefen laufen lassen. Es geht um diese Summen und das sind hohe Summen. Wenn es darum geht, im Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales genau diese Mittel einzufrieren, muss man sich auch ernsthaft damit auseinandersetzen, was das heißt. Es heißt, dass benachteiligte Menschen im Augenblick keine Lobby in Berlin haben, und Sie zeigen ausdrücklich, dass sie auch hier keine haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU, FDP)

Schwarz-Gelb verunsichert die Menschen, Sie sagen, da ist Staub aufgewirbelt worden, reden wir mal nicht so viel darüber; ich sage, wir müssen darüber reden. Verantwortungsvolle Politik sieht nämlich anders aus, die denkt darüber nach, sucht eine Lösung und fordert nicht ein Konzept ein und sperrt mal eben Geld. Das müsste Ihnen eigentlich auch klar sein, Sie sind ja hier schon lange in diesem Hohen Haus. Ich hoffe, dass Sie gelegentlich auch mal unter dieser Überschrift arbeiten.

Jetzt muss ich mich auch wundern, weil die Grundversicherungsstellen natürlich auch verunsichert wur-

den durch Sie. Ich weiß, dass heute in Berlin der Ausschuss getagt hat, eine Einigung vermutlich relativ nah ist. Ja, natürlich durch Ihre Partei, die Lyrik müssen Sie ja hier beide vertreten. Sie sitzen ja hier oder stehen hier und verteidigen das, ohne das auch nur zu hinterfragen.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Mit Recht!)

Mit Recht, sagen Sie, Herr Koppe, ich finde das nicht so recht. Sie reden einerseits, wenn wir über wirtschaftspolitische Zusammenhänge reden, über Wirtschaftskrise; auf der anderen Seite haben Sie überhaupt kein Verständnis, wie es den Menschen an der Stelle geht. Ich kann das und will das auch nicht verstehen, wie Sie das hier machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt habe ich lange darüber nachgedacht, was will denn die SPD mit dieser Aktuellen Stunde hier; will sie ein bisschen die CDU ärgern, geht es um FDP-Bashing. Es war mir nicht klar. Ich habe jetzt verstanden, worum es der SPD ging; es war der Werbeblock für das Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“. Wenn es uns darum geht, uns das Programm noch mal vorzustellen; danke, ich habe versucht, dem zu folgen. Es ist mir an manchen Stellen nicht ganz gelungen. Ich werde mir das Programm aber wohlwollend noch einmal anschauen und gern mit meiner Fraktion dieses Programm prüfen. Von daher war die Aktuelle Stunde vielleicht doch nicht ganz vergebens. Wenn es doch dazu kommt, dass in den beiden Fraktionen, die in Berlin auch mitregieren, mal darüber nachgedacht wird, was es heißt, wenn genau solche Sperren verhängt werden, und wie das bei den Menschen ankommt, dann wäre auch schon etwas gewonnen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt einen weiteren Redewunsch. Für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Günther.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Siegesmund, ich bin noch einmal nach vorne gekommen, um vielleicht doch klarzustellen, dass ich mich mit dem Thema nicht erst seit gestern beschäftige, sondern das schon seit ein paar Jahren. Wenn die Langzeitarbeitslosen Lobbyisten haben, dann bin selbstbewusst genug, um zu sagen, ich zähle dazu. Aber es muss doch noch möglich sein, dass man fragen kann als Parlamentarier beim Bund und auch im Land, wofür die Kohle ausgegeben

wird. Ich nehme jetzt mal die unsägliche Debatte, die ich auch so nicht mittrage, von Leuten - ich will jetzt keine Namen nennen, es gibt ja solche Donauwellen, die dann richtigen Sand reinblasen -, die dann wirklich die Debatte aufwirbeln.

(Zwischenruf Abg. Siegesmud, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Donauwellen?)

Nein, die kommen aus dem Westen, so rum war es. Na ja, sehen Sie, Sie haben es richtig verstanden.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Da muss man doch fragen nach der Debatte, welche neuen Konzepte gibt es denn. Genau das war der Sinn der qualifizierten Sperre, dass man sagt, legt uns neue Konzepte vor, die sagen, wie kommen wir besser zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und wie können wir dem Tenor „fördern und fordern“ besser gerecht werden. Das hat nichts mit fehlendem Lobbyismus zu tun. Auch in meiner ARGE ist es so. Da gebe ich Ihnen ja recht. Wir hatten im letzten Jahr 12,8 Mio. € im Eingliederungstitel. Bei Wirksambleiben der Haushaltssperre wären wir gewesen bei 9,6 Mio. €. Das ist natürlich nicht denkbar, weil die meisten Mittel vorgebunden sind und jeglicher Spielraum wäre uns genommen gewesen. Da bin ich ja völlig bei Ihnen. Aber wenn sich das jetzt alles erübrigt hat, dann bin ich doch wohl wieder mit Ihnen zusammen, dass Sie die Aufregung wieder ein Stückchen weit runternehmen können. So habe ich es gemeint und gar nicht angriffslustig, wie Sie es verstanden haben.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich habe jetzt keine weiteren Redeanmeldungen seitens der Abgeordneten. Hat jemand seitens der Landesregierung den Wunsch, zu sprechen? Minister Machnig, bitte.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Ja, Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal bin ich dem Kollegen Günther sehr dankbar, er fordert Sachlichkeit in der Debatte. Ja, das finde ich richtig. Aber, Herr Günther, Sie müssen nicht immer alles verteidigen, was Ihr Koalitionspartner in Berlin anrichtet, das gehört auch dazu.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und Donauwellen.)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie auch nicht.)

Das tue ich auch nicht. Die Wahrheit ist: Der Antrag zur qualifizierten Sperre geht auf einen Antrag der FDP im Haushaltsausschuss zurück. Das zeigt eines: Diese Partei hat kein Gefühl für die soziale Situation in diesem Land.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Kein soziales Gewissen.)

Das muss ich einmal ganz deutlich sagen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern das zeigt, dass Ideologie über Empirie immer siegt bei der FDP. Deswegen, glaube ich, ist eines gut, Herr Günther, wir waren uns da immer einig, auch in der Landesregierung, darauf will ich noch einmal hinweisen. Wir haben sofort, ich habe sofort in Übereinstimmung mit den Fachpolitikern sowohl der beiden Regierungsfractionen auch erklärt, wir werden das nicht hinnehmen, weil es nicht in die Landschaft passt. Wir sind in einer Situation, in der wir mit wachsender Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. In einer solchen Situation die Mittel für aktiven Arbeitsmarkt einzuschränken, das ist ökonomisch, arbeitsmarktpolitisch und sozial nicht akzeptabel. Deswegen, glaube ich, ist es gut, dass das passiert ist.

Lassen Sie mich zum Schluss deswegen einen Satz sagen. Aber nicht, weil hier alle glauben, ich würde mir das als Traumkonstellation zurückwünschen auf der Bundesebene. Es ist eben doch gut, Herr Günther, wenn die beiden großen Parteien an solchen Stellen zusammenarbeiten. Dabei kommt am Ende mehr heraus als bei der Koalition, die im Moment in Berlin regiert. Das ist für mich die Lehre dieses Vorgangs. Ich finde, wir sollten in Thüringen zeigen, dass unsere beiden Parteien gut zusammenarbeiten können zum Wohle des Landes. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Holzapfel, CDU: Wenn Ihr mitspart.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Redeanmeldungen. Das bleibt auch so. Ich schließe damit auch den vierten Teil der Aktuellen Stunde und die Aktuelle Stunde insgesamt.